

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: A. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. E. Daub-
Invalidentank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann
Eberfeld W. Thienes, Greifswald G. Jüttes, Halle a. S.
Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothbaar, A. Steiner
William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Vereinigung früher beim Nationalsozialisten Verein
 dabei gefanden habe. — Die deutsche See-
 fischerei erweilt er sich von Jahr zu Jahr. Einen
 Nachlass dafür geben die Jahresumfänge ab, die
 auf den Fischquoten an der Nordsee Küste seit
 ihrem Bestehen erzielt worden sind. Zu Gesam-
 umfänge betrug der Umsatz im Jahre 1888 noch
 nicht 200 000 Mark, im Jahre 1895 schon 2½
 Millionen, in Bremerhaven 1892 noch nicht
 400 000 Mark und 1895 nahezu 800 000 Mark,
 in Altona 1887 etwa 50 000 Mark und 1895 über
 1½ Millionen, und in Hamburg 1887 noch nicht
 1½ Millionen und 1895 nahezu 1½ Millionen.
 Zu den Fischquoten an der Westküste Altona

„Neben griechischen Ministern, insbesondere dem Chef des Kabinetts, wurden in verschiedenen Blättern Aeußerungen in den Mund gelegt, welche sehr geringes Entgegenkommen gegenüber der Friedenssaktion Europas befanden. Es hat sich jedoch schon nach wenigen Tagen gezeigt, daß die Aeußerungen, falls sie überhaupt in der verbreiteten Form erfolgt sind, nicht sehr ernst gemeint waren. Es ist vielmehr, worüber sich übrigens ohnehin kaum Jemand täuschen konnte, eine Thatsache, daß die griechische Regierung den Abschluß des Friedens aufs lebhafteste herbeiwünscht und sehr entfernt davon ist, die Erreichung dieses Zieles durch Starrsinns erschweren zu wollen. Man hegt sogar in Regierungskreisen sehr günstige, vielleicht allzu optimistische Hoffnungen hinsichtlich des Zeitpunktes des Friedensschlusses sowie zum Theile auch hinsichtlich der Friedensbedingungen, indem man meint, daß Thessalien vielleicht schon in drei Wochen seitens der Türkei geräumt sein werde. Solchen Erwartungen könnte man sich nun gewiß nicht hingeben, wenn man nicht in Athen bereit wäre, sich den unvermeidlichen Konsequenzen des Konfliktes mit der Türkei zu unterwerfen und die Krise möglichst bald zum Abschlusse zu bringen. Der zuvor erwähnte Termin von ungefähr drei Wochen wird im Hinblick auf die Nothwendigkeit aufgestellt, die Ernte in Thessalien zu ermöglichen. Mit vollem Recht legt man diesem Punkt solche Wichtigkeit bei, denn es handelt sich um eine Ernte, deren Werth auf 25 Millionen Drachmen geschätzt werden kann. Würde nicht die Möglichkeit geboten werden, diese Ernte einzuharben, so müßte Getreide im Werthe von ungefähr 15 Millionen aus dem Auslande nach Griechenland eingeführt werden, so daß sich ein wirtschaftlicher Gesamtverlust von 40 Millionen ergeben würde. Man begreift nun, wie sehr es Griechenland darum zu thun sein muß, diese Gelegenheit zu verhehlen.“

Nach englischen Blättern sollen nun in den letzten Tagen die Aussichten für eine günstige Ergebung der Friedensverhandlungen für Griechenland dadurch gestiegen sein, daß Ausland sich der Griechen ungenehmen begimme. Andererseits soll auch in Konstantinopel die Hoffnung auf eine günstige Ergebung der Friedensfrage im türkischen Sinne gewachsen sein. Beide Erwartungen stehen sich allerdings diametral gegenüber — die ständige Miete wird wohl nach wie vor die von den Völkern der Mächte angenommene und festgehaltene Linie bezüglich der Friedensbedingungen bilden.

Nach einer Meldung aus Athen hat König Georg dem Ministerpräsidenten Rallis bekanntgegeben, daß er angeklagt der schwersten Vagabundation des Landes beschossen habe, bis auf Weiteres auf den dritten Theil der Zivilliste zu Gunsten des Staatschates zu verzichten. Wie verlautet, dürfte auch Kronprinz Konstantin einen Theil seiner Apanage dem Staate zur Verfügung stellen. Nach englischen Meldungen ginge übrigens nicht der Kronprinz, sondern sein Bruder Nikolaus zu den Festlichkeiten nach London, damit die Reise nicht als „Desertion“ angesehen werde.

Des Ferneren wird bezüglich der bevorstehenden Kundgebung des heiligen Synods bemerkt, derselbe habe in einer kingly unter dem Vorſitze des Metropolitensprimas von Griechenland abgehaltenen Versammlung beschloſſen, an den gesamten Klerus ein gegen die antichristliche Bewegung gerichtetes Zirkularschreiben zu erlaſſen. Die Geistlichen ſollen durch das ſelbe angefordert werden, von der Kangel herab auf die Verbeſſerung in dem Sinne einzuwirken, daß die von Gott eingestifteten Gewalten, an deren Spitze der König ſteht, reſpektirt und ihnen Treue bewahrt werde. Das Zirkularschreiben wird hervorheben, daß alle Mitglieder des königlichen Hauses ſich mit Patriotismus und frommem Sinn in den Dienst des Hellenismus geſtellt haben und daß die von Gott über das Land verhängten Prüfungen von Allen in Treue ertragen werden müſſen.

Deutschland.

— **Berlin**, 4. Juni. Eine lange, aber auch an positiven Ergebnissen reiche Landtagsession ist bis auf das durch die Novelle zum Vereinsgesetz bedingte Nachspiel zum Abschluß gelangt. Der Schwerpunkt der gesetzgeberischen Thätigkeit lag auf finanziellem Gebiete. Schon der erste Abschnitt der Session vor Weihnachten brachte drei Vorlagen von erheblicher finanzpolitischer Bedeutung. Die Herabsetzung des Zinsfußes der vierprozentigen Konjols entlastet die Staatskasse um 17 bis 18 Millionen Mark jährlich und macht Staatseinnahmen in gleicher Höhe befreit Verwendung für die Kulturaufgaben des Staates verfügbar. Zugleich wird dadurch im Interesse namentlich der heimischen Produktion die durch den hohen Zinsfuß dieser Konjols herbeigeführte künstliche Erhöhung des Landeszinssfußes über sein natürliches Niveau beseitigt. Das Gesetz wegen der obligatorischen Schuldentilgung bedeutet einen wesentlichen Fortschritt in der Konsolidation der preussischen Finanzen und beansprucht eine umso größere Bedeutung, als der im Anfangs daran unternommene Versuch einer festen Abgrenzung der allgemeinen Finanzen und der Eisenbahnüberschüsse erfolglos blieb. Das Schuldentilgungsgesetz verwirklicht endlich die Fügung des Art. 25 der Verfassung, nach welchem der Staat den Volksschulden freien, festen, den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Einkommen gewährt, leistet, und es wird zugleich der verfassungsmäßige Grundsat, daß der Staat nur im Falle

Der Kaiser hat telegraphisch sein Erscheinen zum Regiments-Jubiläum der Königs-Grenadiere und zu der Grundsteinlegung zum Denkmal Kaiser Wilhelm I. in Wiesgum am 16. Juni er-
zogen. Er trifft, der Breslauer Btg. „zu-
folge, an diesem Tage Mittags mittelst Expre-
zuges in Wiesgum ein und fährt vom Bahnhof
direkt zur Peter-Paul-Kirche, um am dem F.-t.
gottesdienste theilzunehmen. Nach Beendigung
des Gottesdienstes findet im Gegenwart des
Kaisers die Grundsteinlegung zum Kaiser Wil-
helm-Denkmal, darauf die Parade auf dem
Hage und um 4 1/2 Uhr Festafel im Offizier-
 Kasino statt. Nach Beendigung der Festafel
erfolgt die Abfahrt des Kaisers an demselben
Tage Abends. — Der Kaiser hat, wie die „Post“
erfährt, an die Witwe des verstorbenen
Geschichtswissenschaftlers Professors August von
Seyden folgendes Beileidstelegramm gerichtet:
„Neues Palais, 2. Juni 1897. Ich habe die
Nachricht vom Tode Ihres Gatten mit aufrichtiger
Theilnahme empfangen und spreche Ihnen mein
innigstes Beileid aus. Ich habe den Verstorbenen sehr hoch geschätzt und weiß
Ihren und Ihrer Familie Schmerz bei diesem
unerbittlichen Verlust vollaus zu würdigen. Ge-
wisse Ihnen seinen Trost gewähren! Wilhelm K.“
— Wie aus Wiesbaden gemeldet wird, nach-
dem die Prinzessin Luise von Preußen gestern nach
siebenwöchigem schweren Krankenlager ihre er-
b. Ausfahrt. — Die nationalsozialen Professoren
Zehm und Gregory sind von der Leitung der
sozialwissenschaftlichen Vereinigung, in welcher
sie die Stellen des ersten und zweiten Vor-
sitzenden inne hatten, zurückgetreten. Man glaubt,
diese Thatsache auf eine Spaltung innerhalb der
Nationalsozialen zurückführen zu sollen, da

Vereinigung früher beim Nationalsozialen Verein
 satze gestanden habe. — Die **deutsche Seefischerei** erweist sich von Jahr zu Jahr. Einen
 Marktabfall dafür gehen die Jahresumsätze ab, die
 auf den Fischhauktionen an der Nordseeküste seit
 ihrem Bestehen erzielt worden sind. Zu Seestem-
 münde betrug der Umsatz im Jahre 1888 noch
 nicht 200 000 Mark, im Jahre 1895 schon 2½
 Millionen, in Bremerhaven 1892 noch nicht
 400 000 Mark und 1895 nahezu 800 000 Mark,
 in Altona 1887 etwa 50 000 Mark und 1895 über
 1½ Millionen, und in Hamburg 1887 noch nicht
 ½ Million und 1895 nahezu 1½ Millionen.
 Die drei Fischhauktionen zu Seestemmünde, Altona
 und Hamburg, die bereits 1888 bestanden,
 hatten zusammen damals einen Umsatz von etwa
 1,4 Millionen Mark, im Jahre 1895 war ihr
 Umsatz auf 5½ Millionen gestiegen, hatte sich
 also in dieser Zeit mehr als vervierfacht. —
 Der **westfälische Provinziallandtag** hatte in
 seiner letzten Tagung beschlossen, **Verlängerungen**
 in größerem Umfang durch die Provinz anzu-
 kaufen und zu kultivieren. Mit der weiteren Aus-
 führung dieses Beschlusses hat jetzt der Provinzial-
 auschuß einen engeren Ausschuß aus seiner
 Mitte beauftragt. Es sollen vorzugsweise
 zusammenhängende größere Flächen angekauft
 werden, die bisher ganz unbenutzt daliegen.
 Auch bis jetzt unbenutzte Einzelparzellen sollen

chon bestehende Bauernhöfe, die noch große Flächen Wiedland haben, sollen gelegentlich angekauft werden. Aus den so zu gewinnenden Ländereien sollen dann Höfe gebildet werden, die von der Provinz an heimische Landwirthe oder deren Kinder als Kautengüter verausgabt werden. Doch ist auch die Abgab- der Höfe in den freien Besitz der Abnehmer nicht ausgeschlossen. — Der **Rückständige Senat** hat ein Ausschreiben an die deutsche Mütterlichkeit erlassen zur Einrichtung von Waisenhäusern für das auf dem Marktplatz in Lübeck zu errichtende **Reiterstandbild Kaiser Wilhelm I.** Es sind dazu Preise in Höhe von 3000, 2000 und 1000 Mark ausgesetzt. — Aus **Schl.-Vothringen** wird geschrieben: Die Regierung läßt von den nach dem Kriege neu gegründeten **Lehrerbildungsanstalten** das Lehrerseminar in Kolmar und das Lehrerinnen-Seminar zu Beauregard eingehen. Letztere Maßnahme deutet darauf hin, daß man endgültig davon Abstand genommen hat, eine Verminderung der Schulfrauen eintreten zu lassen. Vor diesen sind gegenwärtig 1290 an öffentlichen und 74 an Privat-Elementarschulen, sowie 301 an Kleinkinderschulen angestellt. Dazu kommen noch die an den höheren Mädchenschulen und Pensionaten thätigen Ordenspersonen. Die „Straßb. Post“ bemerkt dazu: Ob das Uebermehren der Schwestern im Mädchenunterricht nicht den Interessen der deutsch-nationalen Erziehung der weiblichen Jugend zuwiderläuft, ist eine wohlzuerörternde Frage, in Anbetracht des Umstandes, daß sie ganz unter dem Einfluß des Klerus stehen, der bekanntlich zum großen Theil immer noch dem Deutschthum nichts weniger als fremdlich gegenübersteht.

Deutschland.

= **Berlin**, 4. Juni. Eine lange, aber auch an positiven Ergebnissen reiche Landtagsession ist bis auf das durch die Nothelle zum Vereinsgeze bebingte Nachspiel zum Abschlusse gelangt. Der Schwerpunkt der gezegeberigen Thätigkeit lag auf finanziellem Gebiete. Schon der erste Abschnitt der Session vor Weipnachten brachte drei Vorlagen von erheblicher finanzpolitischer Bedeutung. Die Herabsetzung des Zinsfußes der vierprozentigen Konfols entlastet die Staatskasse um 17 bis 18 Millionen Mark jährlich und macht Staatseinnahmen in gleicher Höhe befalls Verwendung für die Kulturaufgaben des Staates verfügbar. Gleich wird dadurch im Interesse namentlich der heimischen Produktion die durch den hohen Zinsfuß dieser Konfols herbeigeführte künstliche Erhöhung des Landeszinsfußes über jein natürliches Niveau beseitigt. Das Geze wegen der obligatorischen Schuldentilgung bedeutet einen wesentlichen Fortschritt in der Konfolidation der preussischen Finanzen und beansprucht eine umso größere Bedeutung, als der im Anfsatz daran internationale Verich einer feilen Abgrenzung der allgemeinen Finanzen und der Eisenbahnüberschüsse erfolglos blieb. Das Schuldentilgungsgeze verwirklicht endlich die Zufage des Art. 25 der Verfassung, nach welchem der Staat den Volksschuldehren ein festes, den örtlichen Verhältnissen entsprechendes Einkommen gewährt, und es wird zugleich der verfassungsmäßige Grundatz, daß der Staat nur im Falle der Leistungsunfähigkeit der Gemeinden an den Schulden theilzunehmen darf, wieder mehr zur Geltung gebracht, als dies seit der Gelekehrung

Lehrerbeförderungsfest im Vorjahre im Verren-
haufe geschleitet und begegnete es auch jetzt einem
sehr lebhaften Widerpugne der Großstädte und
ihrer Vertreter, so fand die obligatorische Schul-
denkigung eine starke Gegnerenschaft in denjenigen
Parteien, welche, wie Centrum und Freisinnige,
größeren Werth auf die in dem Wechse! unter-
worfenen finanziellen Einrichtungen liegende
Quelle parlamentarischen Einflusses als auf die
dauernde Sicherung der Staatsfinanzen legen,
und selbst die Konversion wurde von einem Theile
des Centrums bekämpft. Im Mittelpunkt der
finanziellen Aufgaben des zweiten Sessions-
abschnitts stand die Beamtenbeförderungsvorlage,
welche die im Jahre 1890 von unten auf be-
gonnene allgemeine Erhöhung der Beamtengehäl-
ter zum Abschluß zu bringen bestimmt war. Ihre
Schwierigkeit lag namentlich darin, daß man sich
zwecks Erreichung eines dauernd befriedigenden
Zustandes nicht auf procentuale Zuschläge zu
den bisherigen Sätzen beschränken konnte, sondern
daß das künftige Dienst Einkommen jeder Beam-
tenklasse unter freier Würdigung nach ihren be-
sonderen Verhältnissen und nach ihrer Stellung
im ganzen Beamtenorganismus zu ordnen war.
Hierbei waren denn auch zugleich die zahlreichen
Streitfragen über das Verhältnis der verschiede-
nen Zweige des Staatsdienstes zu einander,
namentlich der richterlichen Beamten, zu denen
der Verwaltung, dann aber auch zu den höheren
Lehrern und den höheren technischen Beamten
zum Austrag zu bringen. Sie erregten in der
Beamtenenschaft schwere Stürme, welche nicht bloß
in der Presse, sondern auch in der Landesver-
tretung so starke Wellen warfen, daß das Zu-
standekommen der Vorlage zeitweilig gefährdet
erschien und ihre Durchbringung nur dem per-

erfüllbaren Wünschen gegenüber entgegenkommen-
den, unannehmbaren Vorschlägen gegenüber uner-
schütterlich fest ablehrenden Verhalten der Re-
gierung zu danken war. Mit dieser Vorlage,
durch welche die Neuordnung der Besoldungs-
verhältnisse der Beamten für absehbare Zeit
endgültig zum Abschlusse gebracht ist, wurde zu-
gleich nicht blos eine zweifelhafte Neuordnung
der Honorarbezüge der Universitätslehrer, sondern
auch die Festlegung bestimmter Grundsätze über
das Remuneralationswesen verbunden und so einer
der wichtigsten Punkte eines künftigen Kompa-
rabilitätsgebietes vorweg genommen. Durch die
mit dem Zweimilliarden-Staatshaushaltsetze
nunmehr ins Leben getretene Erhöhung der Be-
soldungen der mittleren und höheren Beamten
ist auch der Weg für die anderweite Bemessung
der Diäten und Reisekosten mit dem Ziele, diese
Bezüge mehr als bisher den zu leistenden Aus-
gaben anzupassen, eröffnet worden. Mit der
Konversion der Konjols hängt dagegen die Vor-
lage wegen besserer Verforgung der Hinter-
bliebenen der Staatsbeamten zusammen, und
schließlich ist auch wiederum durch Eröffnung
eines sehr erheblichen Kredits für Nebenbahnen
zur Förderung des Baues von Kleinbahnen
von Kornbäuern die intensive Fürsorge des
Staates für die wirtschaftliche Hebung des Lan-
des thätig betätigt worden.

Österreich-Ungarn.
Prag, 3. Juni. Die Behörde verbot sowohl einen Auszug der czechischen Turner nach Wiedelsdorf und Abersbach als auch eine Versammlung der Deutschen in Teßchen unter freiem Himmel zur Stellungnahme gegen die Sprachenverordnungen, weil die Gemüther zu erregt seien.

Frankreich.
Paris, 3. Juni. Die Budgetkommission der Deputirtenkammer hat sich konstituiert. Zum Präsidenten wurde Delombre mit 25 Stimmen gewählt. Delombre hatte auch in der letzten Budgetkommission den Vorsitz geführt.

Italien.
Rom, 3. Juni. Der König hat der Offiziersdeputation des 1. hessischen Infanterie-Regiments Nr. 13 einen Filialadjutanten zugetheilt. Die Deputation wird heute Abend 7 Uhr von den Könige empfangen werden und darauf mit den Könige von Siam dem Galabier wohnen. Der König von Siam wird sich morgen Nachmittag 3 Uhr nach dem Grand Hotel und dort mit Gefolge nach dem Vatikan begeben um dem Papste einen Besuch abzustatten. Bei dem Empfange wird dasselbe Zeremoniell beobachtet werden wie bei früheren Gelegenheiten.

Rom, 3. Juni. Die Deputirtenkammer be-
trifft in zweiter Lesung den Gesetzentwurf be-
treffend die Reorganisation der Armee. Beim
Artikel 1 beantragte Umbriani im Namen
mehrerer Abolator, daß die Benennung „König-
liche Armee“ in „National-Armee“ ungetrübt
werden solle. Der Antrag, welchen der Kriegs-
minister Pelloux bekämpfte, wurde mit 200 gegen
18 Stimmen abgelehnt. Artikel 1 wurde an-
genommen und darauf auch der Rest der Vorlage.

England.
London, 3. Juni. Unterhaus. Der Erbkämmerling Lord des Schatzes Balfour beantragte die Vertagung des Hauses von morgen bis zum 17. d. M.

Das Oberhaus hat sich bis zum 18. d. M.
vertagt.

Rußland.
Petersburg, 2. Juni. Wie hier verlautet, wird das Gesehe **Faures** ein vorwiegend militärisches sein. Interessant ist es, daß gerade in **Peterhof** eine französische „kaiserliche Hobei — Prinz Ludwig Napoleon — das dort liegende Gardes-Infanterie-Regiment, dessen Chef die junge Kaiserin ist, kommandirt. Allerdings befindet sich das Regiment während **Faures** Besuch in **Lager von Krasnaja-Selo**; dort ist ein Zusammen treffen **Faures** mit dem Prinzen bei Hoff-festlichkeiten kaum zu vermeiden, es sei denn, daß der Prinz Urlaub nimmt. Vielfach wird angenommen, daß letzteres geschehen werde. **Faures** Besuch wird angeblich drei Tage dauern. Der junge Kaiserin wird voraussichtlich nicht in der Lage sein, die Festlichkeiten mitzumachen.

die Fortgesetzte umlaufende Gerichte behauptete die Stellung des Verkehrs-Ministers Fürst Gislrow sei erschüttert. Angeblich sollen darüber in letzter Zeit sich häufenden Eisenbahnunfälle auf verschiedenen russischen Bahnen, wozu Allen aber die immer von Neuem zu Tage tretenden „Unredlichkeiten“, deren er in seinem Ressort nicht Herr werden kann, Schuld sein.

Rückstoßwaffen.

Einer Beschichtigung der zwischen zwei Eise behändnänen und dem Grunewald gelegenen Deutschen Versuchsanstalt für Handfeuerwaffen und der Andörung eines Vortrages des Ingenieur Preubing (vom kaiserlichen Patentamt) über „die Entwicklung der Ruckstosswaffen“ galt ein Vortrag, der vor wenigen Tagen die Mitglieder der Berliner Bezirks-Vereins deutscher Ingenieure mit ihren Damen nach Gallesee führte. Der Vortrage, der mit Unterstützung von Zeichnungen ein sehr anschauliches Bild von dem Fortschritte der Waffentechnik entrollte, entnehmen wir Folgendes: Der erste Gedanke, den Ruckstosswaffen abzugeben, wurde durch bewirkt, daß die Pulverbärg sich nicht bloß bis nach vorn, sondern auch in entgegengelegter Richtung ausdehnen, und selbstthätigen Wiederabgabe der Waffe zu ermöglichen, rührt von keinem Geringeren als von Dendrit Bessiere her, der 1854 auf diese Erfindung in England ein Patent nahm. Derselbe blieb die Erfindung unbeachtet, weil man damals 12 Jahre vor den Erfolgen des preussischen Hinterladegewehrs, einer namhaften Vorsehung des Schicksals geringen Werth in der Ausbildung der Feuerwaffen beimaß. Auch beherrschte, weil Faustfeuerwaffen in Betracht kamen, das Ende des 40er Jahren eingeführte Prinzip des Revolvers — eine Verbesserung des schon am Anfang des 17. Jahrhunderts erfundenen Diebstahlgewehrs — als das Non plus ultra einer sich entwickelnden Pistole die Meinung lange Zeit in so hohem Grade, daß noch 1879 der „Armee-Revisor“ die Ehre der Einführung bei der deutschen Armee hatte. Es ist bekannt, eine wie unvollkommen

Waffe in jedem Betracht der Revolver ist. Be-
trifft der Finger beim Abschießen gleich-
zeitig die Weiterbewegung der Trommel, so be-
einträchtigt die ihm zugemutete Anstrengung die
Treffsicherheit in hohem Grade. Ist die Ver-
schiebung der Trommel dagegen der linken Hand
überlassen, so leidet darunter die Schnelligkeit
des Schießens, und der unermüdliche Nagen-
über der Trommel verkürzt die Bistritenzeit
erheblich, daß die Treffsicherheit und Leistungs-
fähigkeit des Revolvers eine sehr begrenzte ist.
Eine solche Waffe konnte bei dem andernweit-
Fortschritt der Wafsenteknik unmöglich auf die
Dauer als geeignete Lösung des Problems einer
beriebigenen Faustfeuerwaffe gelten. Als un-
1884 Hyram Maxim, auf Bessemer's Vorschlag
zurückgegriffen, das Prinzip des Mündlochs zur
Selbstladung mit großem und ungleichbarem Er-
folge auf Geschütze anwandte, und seitdem diese
tatsächlich bis zu 600 Schuß in der Minute
leistende Selbstladegewehre sich fast überall ein-
geführt hat, lag es nahe, der Anwendung der
gleichen Prinzipis auch für Hand- und Faust-
feuerwaffen näher zu treten. Es sind in enge-
Anlehnung an Maxim oder in freierer Gestaltun-
seitdem diese Erfinder in dieser Richtung thätig
gewesen. Das Einfachste schien, den Lauf be-
weglich zu machen, jedoch er im Rahmen der
Waffe beim Schießen eine Rückwärtsbewegung

boglos, die man benutzte, um das Verhülftniß
 zu öffnen, die Patronenhiße hinauszuwerfen
 aus einem Magazin eine neue Patrone in den
 Lauf zu schieben, zu schließen und den Schüß-
 kolzen auf's neue zu spannen, so daß dem Schüß-
 nur das Zielen und Abziehen und nach Entleeren
 des Magazins das Einsetzen eines neuen Ma-
 gazins als seine Thätigkeit übrig blieb. Ander-
 machten den Lauf unbeweglich, trennten von ihm
 aber das Verhülftniß und ließen sich in dieser
 die vom Rückstoß ausgeübten Bewegungen vol-
 ziehen. Noch andere ließen, bei unbeweglichen
 Lauf und Verhülftniß, einen Theil der Pulver-
 gasse sei es am hinteren Ende durch einen Seiten-
 kanal auszutreten und wirken, oder am Vorderende
 mit Hülfe einer auf dem Lauf aufgesetzten

weiteren Schritte durch eine Rückleitung an die Bewegungstheile treten. Neuerdings ist man zu der Verschiebbarkeit des mit dem Verschlußstück fest verbundenen Laufes, als zu der geeignetsten Konstruktion, zurückgekehrt. Das Verdienst, ein diesem Prinzip entsprechende, vorzügliche Waffe hergestellt zu haben, gebührt Borchardt, einem Magdeburger, der längere Zeit in hervorragenden technischen Stellungen in bedeutenden amerikanischen Waffenfabriken (u. a. in Winchester) thätig gewesen ist. Die Borchardt'sche Pistole, welche vorgezeigt und im weiteren praktisch verwendet wurde, unterscheidet sich äußerlich von der herkömmlichen Gestalt der Pistole dadurch, daß die

Griff nicht am hinteren Ende der Waffe, sondern in deren Mitte angeordnet ist, wo auch der Schwerpunkt der Waffe liegt, welche somit ganz anders in der Hand ruht als Pistolen bisheriger Gestalt. Der Griff dient zugleich zur Aufnahme eines Magazins von 8 Patronen, dessen Hineinschieben den Bruchtheil einer Sekunde erfordert. Die Rückbewegung des Laufes hat alle oben genannten Bewegungen zur Folge, jedoch die Waffe in Wahrheit ein Selbstkader ist: ja sie beladet sich selbst.

unter Umständen auch das Abschließen der 8 Patronen des Magazins selbstthätig, wenn die Schütze den Abzug nicht sogleich freigiebt, bezweckt eine Sicherungsvorrichtung, welche den Abzug nach jedem Schuß feststellt, außer Anwendung. In solchen Fällen folgen sich die 8 Schüsse

in Zwischenräumen von $\frac{1}{25}$ Sekunden (genau $\frac{1}{1250}$ Minuten). Der Lauf der Vorchardt-Pistole

ist 190 mm, die ganze Waffe 350 mm lang, ihr Gewicht beträgt 1275 g, das Gewicht einer Patrone 5 1/2 g, der Pulverladung 0,45 g, der Kaliber 7,65 mm, die Anfangsgeschwindigkeit des Geschosses 400 m, die Tragweite 1000—1500 m. Durch die beschriebene Art der Anbringung des Griffes wird der Vordrill einer 315 mm langen Distanz erreicht, was für die Sicherheit der Zielenosung von Bedeutung ist. Beim Abfeuern schlägt die Vordrill-Pistole wohl auch etwas aus, doch abweichend vom Revolver nur in die Distanz. Die Distanz ist bei den meisten Revolvern und Pistolen, die als Waffe dienen, zu groß, so daß das Ziel meistens verfehlt wird. — Der Vordrill schloß sich von dem Griff aus. Vordrill persönlich in ihrem ersten Theil von gefassten Schiebern, theils mit einem von der Kasse ruhenden Gewehr von der gleichen Größe.

Veruche erwies augenscheinlich die ungeheuren Leistungsfähigkeit und Feuergehwindigkeit der Waffe, sowie ihre Eigenschaft als Selbstläufer von höchster Zuverlässigkeit, während beim Proben der Pistole deren Trefffähigkeit auf eine sehr betrübende Entfernung in der Hand eines sich schüchtern bewundernde erregte. — Zum Schluß

Pulverschorten das allgemeinste Interesse. Die Pulver Form und Farbe von weißem Gries oder gelben Nudeln oder von einem weißen Pap-

streifen haben kann, war den Meisten eben unbekannt, wie daß diese enorm explosiven Pulverarten, angezündet, so ruhig wie bengalische Flammen brennen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 4. Juni. Der „Reichsanz.“ ist öffentlich die angeklündete Verordnung betreffend die Ausdehnung der §§ 135 bis 139b der Gewerbeordnung — Kinder- und Frauenarbeit in Fabrikten — auf die Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion. Die Verordnung erfolgt auf Grund des § 154 Abs. 2, wonach die obigen Bestimmungen mit Zustimmung des Bundesraths ganz oder theilweise auf andere Werkstätten (als Fabrikten) ausgedehnt werden können. Bemerkenswerth ist die Abänderung des § 137 der Gewerbeordnung dahin, wegen außergewöhnlicher Häufung der Arbeiterinnen über 16 Jahre auch nach 8 1/2 Abends und an Sonntagen nach 5 1/2 Nachmittags an 60 Tagen im Jahre beschäftigt werden können; die Beschäftigung darf nicht über 13 Stunden und nicht länger als 10 Uhr Abends dauern. Die Verordnung, bereits am 1. Juli d. J. in Kraft tritt, findet keine Anwendung auf Werkstätten, in denen Arbeitgeber ausschließlich zu seiner Familie gehörige Personen und nur gelegentlich nicht in seiner Familie gehörige Personen beschäftigt sowie auf Werkstätten, in denen die Herstellung oder Verarbeitung von Waaren der Kleider- und Wäschekonfektion nur gelegentlich erfolgt.

— Nach § 80 a der Instruktion vom 2. Juni 1895 zur Ausführung des Reichs Viehseuchengesetzes sind Rindviehbestände, bei welchen die Impfung gegen Lungenseuche gemäß § 45 dieses Gesetzes auf polizeiliche Anordnung ausgeführt ist, rücksichtlich der polizeilichen Schutzmaßnahmen dem der Ansetzung verdächtigen Rindvieh gleich zu behandeln, d. h. sie sind nach §§ 80 und 91 der Instruktion auf die Dauer von sechs Monaten einer nur in einigen Beziehungen etwas gemilderten Geföhrperre zu unterwerfen. Für die Aufnahme dieser die Anwendung der Zwangsimpfung außerordentlich erschwerenden Bestimmung in die Instruktion insbesondere die Beförgrnis maßgebend, daß die Impfung eine gewisse Geföhr für die weitere Verbreitung der Lungenseuche durch das impfte Vieh in sich schlieöe. Diese Beförgrnis hat sich inzwischen als unbegründet erwiesen, denn es wird jetzt von der Veterinärwissenschaft allgemein anerkannt und ist durch die Praxis bestätigt worden, daß die Impfung an sich eine weitere Verbreitung der Lungenseuche weder mittel- noch unmittelbar begünstigt. Das impfte Vieh braucht deshalb keinen besondere Schutzmaßnahmen unterworfen zu werden, wenn es nicht, abgesehen von der Impfung, entweder der Ansetzung verdächtig oder mit ansetzung verdächtigen Thieren in Berührung gekommen ist. Da für diese Fälle in den §§ 74, 75, 78 und 91 die erforderlichen Vorkehrungen getroffen sind, ist § 80 a entbehrlich. Der Bundesrat hat daher in seiner gestrigen Sitzung die Aufhebung des § 80 a beschloffen.

— Der Regierungssessor Dr. Beder aus Stolp i. Pomm. ist von Anfang Juli d. J. ab als auf Weiteres dem Landrath des Kreises Hainau, Regierungsbezirk Rassel, zur Hilseleistung in den landrathlichen Geschäften zugetheilt worden. Der Regierungs- und Baurath Hellmuth ist der kgl. Regierung zu Straßburg, der Regierungs- und Baurath Wilhelm der kgl. Regierung zu Köslin überwiesen. Verestet sind der Regierungs- und Baurath Biedermann von Köslin nach Marienwerder, der Kreisbauinspektor Baurath Stoll, bisher in Straßburg, in die Bauinspektorstelle im Bereiche des kgl. Polizeipräsidiums in Berlin, der bisher beim Neubau der Strafankalt in Siegburg angestellte Bauinspektor Willert als Kreisbauinspektor (für die Baukreise Rügen) nach Straßburg, der bisher in der kgl. Regierung in Stettin beschäftigte Wasserbauinspektor Sippel nach Zehdenick, der Wasserbauinspektor Dohrmann von Pillau in die Hafenbauinspektorstelle in Kolbergmünde, der Wasserbauinspektor, Baurath Lauenroth von Kolbergmünde als Wasserbauinspektor nach Neubrandenburg d. Oste, der Wasserbauinspektor Labisch von Einminde als Hafenbauinspektor nach Marienwerder.

— Bei der Staatseisenbahnverwaltung sind
versetzt: die Eisenbahnbau- und Betriebsinspektoren
Jachariae, bisher in Straßmund, als Vorstand d.
Betriebsinspektion 1 nach Magdeburg, Heel
bisher in Altfirn, als Vorstand der Betriebs-
inspektion 1 nach Straßmund, und Begele, bis-
her in Stettin, als Vorstand der Bauabtheilung
den Bau der Bahnlinie Templin-Prenzlau nach
Templin. — Es sind ernannt: zu Eisenbahnbau-
und Betriebsinspektoren: die kgl. Regierung
bauamteiler Stützer in Straßmund, Pufkau
in Stettin, Am Ende in Schwelben, Gremser
in Stettin, Stefanst in Stettin, Krome in Stettin
und Krauswill in Stettin.

— In dem lustigen Streite über die Th-
nahme der sozialdemokratischen Abgeordneten
den Hamburger Festlichkeiten war verrich-
ten, daß kein Mitglied der Fraktion an dem
der Hamburger Pachtfahrtgesellschaft auf
„Augusta Viktoria“ gegebenen Abendessen theil-
nehmen werde. Die „Strenztg.“ erzählt aber,
daß der Abg. Gerbert nebst Frau Theilneh-
mer an diesem Abendessen gewesen ist.

— Der Deutsche Papierverein hat in Leipzig abgehaltenen General-Versammlung einen Antrag angenommen, das Reichspostgesetz zu erheben, Drucksachen und Waaren zu proben, die bisher im internationalen Verkehr bis zu 75 Zentimeter Länge (innerhalb des deutschen Postgebietes) ist nur eine Länge von 50 Zentimeter gestattet) zum Preise von 5 Pf. 50 Gramm verkauft werden können, auch deutschen Postverkehr unter denselben Bedingungen zuzulassen"; ebenso wurde ein Antrag betreffend eine erneuerte Eingabe um Erhöhung der wichtigsten für einfache Briefe angenommen.

— schluß schneller und zuverlässiger Beförderung von Fahrrädern auf den Eisenbahnen wird den Radfahrern, namentlich an Sonn- und Feiertagen, an welchen Lastbefahrungsmäßig Fahrräder in großer Menge zur Beförderung gelangen, dringend empfohlen. Die Aufseherstellen derselben bei den Gepäckabfertigungsstellen möglichst zeitig zu bewirken. — nach § 32 Abs. 2 der Verkehrsordnung für Eisenbahnen Deutschlands die Ueberführung Reisegepäck, welches nicht spätestens 15 Minuten vor Abgang des Zuges bei der Gepäckabfertigungsstelle angeliefert ist, nicht beantragt hat, den Eisenbahnreisenden, von der am

wöhnlich kein Gebrauch gemacht wird, wo
 die Eisenbahn aber bei außergewöhnlichem
 unerwartetem Andränge anzuwenden genö-
 ßt sein würde, so liegt es im Interesse
 Publikums selbst, für eine möglichst zeitige
 Lieferung der Fahrräder Sorge zu tragen.
 Die größeren Vereine und Gesellschaften, welche
 Fahrrädern Ausflüge machen und die Hin-
 und Rückreise auf der Eisenbahn zurücklegen
 müssen, empfiehlt es sich ferner, die Gepäc-
 kungsstelle der Station, von welcher aus
 die Eisenbahnfahrt angetreten werden soll, von
 der Anzahl der zu einem bestimmten Zuge an-
 steigenden Fahrräder in Kenntniß zu set-
 zen, damit erforderlichenfalls ein Gepäckwa-
 gen gestellt werden kann. Endlich ist es wünsch-
 enswerth, wenn bei Ausgabe von Fahrrädern
 Laternen abgenommen werden, da es häufig
 geschehen ist, daß in Folge des aus ihnen
 tropfenden Oeles andere Gepäckstücke be-
 schädigt werden.

— Der städtische Steuererheber Herr
Mylus beging am 1. Juni die Feier
des 25jährigen Dienstjubiläums, aus
dem Anlaß die Kollegen eine kleine Festli-

* Die zu Nachtpatronissen kommandirte Schutzeute werden jetzt mit Rebovern ausgerüstet, von denen sie natürlich nur im Nothgebrauch machen dürfen.

ausgegeben.